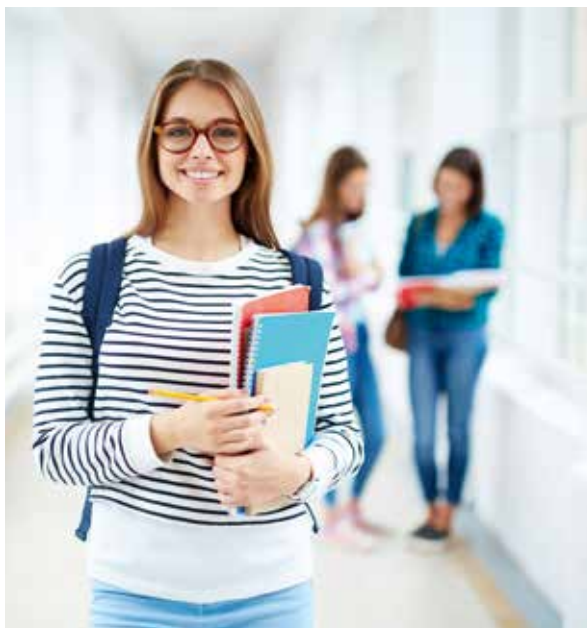




Die Vermessung des Wandels

*Die europäische Hochschullandschaft
zwischen Brüssel und Bologna*

Von Jörg Dötsch
und Stefan Okruch



Wer heute ein Hochschulstudium in Europa beendet, dem wurde nicht selten ein Auslandsaufenthalt ermöglicht, das EU-Programm heißt aktuell: ERASMUS+. Die Studierenden haben ferner ein ‚Bologna-konformes‘ Bachelor- oder Masterstudium absolviert und erhalten zum Abschluss ein *Transcript of Records* mit allen erworbenen Leistungspunkten nach dem *European Credit Transfer System* (ECTS). Keine Frage: Europa hat einen Wandel der Hochschullandschaft bewirkt. Doch wie hängen die verschiedenen Prozesse des Wandels zusammen? Und überzeugt die insbesondere von der EU vorgegebene Richtung?

Hochschulen in Europa waren von der ersten Stunde an Projekte, die auf Wandel reagierten und auf Gestaltung von Wandel ausgerichtet waren. Über die staatlichen Grenzen hinaus entstand die europäische „Gelehrtenrepublik“. Das akademische Netzwerk widersetzte sich mit erstaunlicher Resilienz Tendenzen von Desintegration und Instrumentalisierung.

Das Wagnis einer Gründung und der Betrieb jener Einrichtungen für Forschung und Lehre waren von Anfang an eingebettet in ein komplexes Spannungsfeld, das durch soziale, politische und wirtschaftliche Voraussetzungen sowie persönliche Visionen, Zwänge und Kalkül bestimmt wurde: Noch nie wurde eine Hochschule aus uneigennütziger Begeisterung für Unverstandenes und Unverständliches gegründet.

Und doch gehorchten Universitäten von jeher ihren eigenen Regeln. Eine zentrale Steuerung dieser „organisierten Anarchien“ (Michael Cohen et al.) erwies sich immer wieder als schwierig. Dies gilt auch für das heutige Europa, zumal die Kompetenz für Hochschulpolitik nicht zentralisiert ist.

Freiheit der Lehre vs. wirtschaftlicher Nutzen

Bemerkenswert ist, dass im gesamteuropäischen Wandel der Hochschullandschaft wirtschaftliche Gesichtspunkte an Dominanz gewinnen. Verbunden mit Stichworten wie *Globalisierung* oder *Wissensgesellschaft* müssen sich Hochschulen zunehmend die Frage gefallen lassen, inwiefern das von ihnen generierte Wissen ‚nützlich‘ sei. Dabei geht es beispielsweise um die Berufsrelevanz von Abschlüssen (*Employability*), aber auch um die grundsätzlichen Fragen, ob, auf welche Weise und wie schnell das akademische Wissen in die Märkte gelangt, ob Hochschulen Teile von Innovationsnetzwerken darstellen, um so die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und Nationen zu befeuern; ob Hochschulen Unternehmergeist fördern und so fort.

Wie steht es um die Freiheit der Lehre? Von welchen ökonomischen Einflussfaktoren sind die Universitäten heute abhängig? Die Tendenz, dass wirtschaftliche Gesichtspunkte an Dominanz gewinnen, ist klar erkennbar.

Gehören auf der einen Seite Nützlichkeitsbewertungen hinsichtlich der gelehrten und erforschten ‚Substanz‘ zu den prägenden Motiven des gegenwärtigen Wandels, sind es auf der anderen Seite Änderungserwartungen an die Struktur im Hinblick auf stärkere Integration. Zu größter Bekanntheit hat es dabei der 1999 initiierte *Bologna-Prozess* zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums gebracht.

Der wettbewerbsfähigste Raum der Welt?

Zunächst gilt es festzuhalten, dass in der Europäischen Union bildungspolitische Kompetenz auf der nationalen Ebene angesiedelt und der Union grundsätzlich eine koordinierende und unterstützende Funktion zugeschrieben ist. Stärker als auf nationaler Ebene ergibt sich die Kompetenz der EU für Bildungspolitik durch deren Relevanz für andere Politikbereiche, wie zum Beispiel Technologie-, Kohäsions- oder Sozialpolitik. Aufgrund der bekannten Verlautbarung des Rates aus dem Jahre 2000, die Europäische Union zum „wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensbasierten Raum



der Welt“ zu machen, fällt der Bildungspolitik eine entscheidende Rolle zu. Das in Folge der Lissabon-Erklärung im Jahre 2002 verabschiedete Programm *Allgemeine und berufliche Bildung 2010* formuliert dementsprechend konkrete Zielsetzungen, die jeweils mit Referenzwerten versehen werden. Dies lässt sich aus zwei Gründen als eine entscheidende Wegmarke in der Entwicklung europäischer Bildungspolitik verstehen. Auf der einen Seite gewinnt die transnationale Dimension in der Gestalt aktiver Steuerungsversuche auf gesamteuropäischer Ebene eine größere Relevanz. Auf der anderen Seite dokumentiert das entsprechende Programm aus dem Jahre 2002 eine deutliche Tendenz zu Ökonomisierung der europäischen Bildungspolitik. Hochschulen werden als ein Faktor wirtschaftlicher Verbesserung interpretiert. Der nächste Schritt ist dann nur folgerichtig: Bildung wird nicht mehr allein als zentrales Element für den „Weg zum Aufschwung“ gesehen. Bildung wird, da sie schließlich kostet, selbst von ökonomischer Logik vereinnahmt. „Effizient“ und „hochwertig“ sollen die Bildungssysteme sein, ein „Mittel der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit“.

Streben nach Exzellenz

Mit dem Näherrücken der gesetzten Frist für die Lissabon-Agenda wurde deutlich, dass die Realität hinter dem Ziel des „wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensbasierten Raumes“ weit hinterherhinkte. An den bildungspolitischen Leitideen hat dies allerdings nichts geändert. Die 2010 nach der verpufften Lissabon-Strategie formulierte *Europa 2020-Strategie* fordert Gleiches. Sie hebt auf ein „intelligentes“ Wachstum ab, will also eine „auf Wissen und Innovation gestützte“ Wirtschaft entwickeln.

Von seinem Ausgangspunkt her ist der Bologna-Prozess mit dem Ziel der Schaffung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse über das ECTS eine strukturpolitische Maßnahme und dient nicht den mit Lissabon formulierten Zielen. Mit Blick auf die Zuständigkeiten bedeutet der Bologna-Prozess die Institutionalisierung einer europäischen Hochschulpolitik *jenseits* der Europäischen Union.

Aber die anvisierte Architektur eines gemeinsamen Hochschulraums ließ sich durchaus solchen Zielen dienstbar machen, die sich in der Lissabon- oder der Europa 2020-Agenda finden, wie internationale Mobilität, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit oder „Förderung der europäischen Dimension in der Hochschulbildung“. Nicht zuletzt ist auf diese Weise ein verschärfter grenzüberschreitender Wettbewerb entstanden, denn den Anbietern musste es zunehmend um den Nachweis ihrer, auf bestimmte Stakeholder-Gruppen zugeschnittenen *Exzellenz* zu tun sein. So wird Exzellenz zwar in den Dokumenten des Bologna-Prozesses nicht als Kernziel genannt, ist aber als Implikat des Strebens nach einem attraktiven Hochschulraum eine an die Institutionen gerichtete Forderung. Dementsprechend waren nationale Hochschulpolitiken bestrebt, durch Förderung und Aufbau von Spitzenforschung *world-class universities* zu schaffen. Dafür sind auch die deutschen Exzellenz-Initiativen ein gutes Beispiel.



Europa gestalten heißt auch die europäische Universitätslandschaft gestalten. Eine Aufgabe, die Universitäten in eine neue Konkurrenzsituation führt.

Ist die Strategie der EU überzeugend?

Die Entwicklung dieser Initiativen zeigt allerdings, wie vielschichtig Exzellenz ist und wie komplex folglich Steuerung werden muss, wenn alle Dimensionen berücksichtigt werden sollen. Es geht nicht nur um Spitzenforschung, sondern um Exzellenz in der Lehre, insgesamt hervorragende Studienbedingungen, exzellente Vernetzung mit der Arbeitswelt und so weiter. Hochschulpolitik steht damit immer

Kompetenz für dieses Politikfeld und muss das mit den geschilderten wirtschafts- und technologiepolitischen Hilfsargumenten ausgleichen. Gerade wenn man diese wirtschaftspolitische Argumentation für bare Münze nimmt, wird allerdings die Problematik überdeutlich: Es ist auch ökonomisch schlicht nicht überzeugend, Hochschulpolitik vornehmlich als die Vorbereitung oder die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln zu betrachten. Außer-



vor dem Dilemma, entweder nur punktuell wirken zu können oder in eine Interventionsspirale zu geraten. Und diese Schwierigkeit wird noch vergrößert, wenn Hochschulpolitik auf supranationaler, europäischer Ebene betrieben wird. Dann geht es nicht mehr nur um die Gefahr von ‚zu viel‘ oder ‚zu wenig‘, sondern auch darum, dass Kompetenzen für Hochschulpolitik eventuell falsch verteilt sind. Die Europäische Union hat eine unvollständige

dem wird damit leicht darüber hinweggetäuscht, dass es für die Verwirklichung eines europäischen Hochschulraums eigentlich ganz andere Prioritäten gäbe: Die eingangs erwähnten Absolventinnen und Absolventen würden spätestens dann die fort-dauernde Zersplitterung der Hochschullandschaft erleben, wenn sie weitere wissenschaftliche Qualifikationen anstrebten und es dann um deren Anerkennung ginge.

Measuring Change

The landscape of European academia between Brussels and Bologna



Students completing their university studies in Europe today have most likely had the opportunity to spend time abroad in the EU programme known as ERASMUS+. What's more, these students have also earned a "Bologna compliant" bachelor's or master's degree and will receive a final transcript of records that includes all credit earned in accordance with the European Credit Transfer System (ECTS). There's no doubt that Europe has succeeded in transforming its academic landscape. But how exactly are the various processes at work this transformation connected? And how convincing is the course that has been set by the EU?